



SPD

Sozialdemokratische Fraktion im Rat der Stadt

Meerbusch

An den
Bürgermeister der Stadt Meerbusch

Herrn Dieter Spindler
Postfach 1664

40641 Meerbusch

**Bommershöfer Weg 2-8
40670 Meerbusch**

Telefon: 02159 / 91 12 69

Telefax: 02159 / 91 13 69

e-mail: SPD-Meerbusch@t-GMX.de

internet: www.spd-meerbusch.de

19. November 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

namens und im Auftrag der SPD-Fraktion möchten wir Sie bitten, folgende Anträge in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses zu behandeln und unter Punkt Haushaltsplanberatungen 2012 der Tagesordnung der o.g. Sitzung zu stellen.

Wir bitten Sie, diese Anträge an alle Ausschussmitglieder weiterzuleiten.

Für Ihre Bemühungen bedanken wir uns in Voraus.



Ilse Niederdellmann
Fraktionsvorsitzende



Jürgen Eimer
stellv. Vorsitzender

Produktbereich 010.010.010: Rat u. Ausschüsse, Fraktionen, Integrationsrat

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Haushaltsansatz **Repräsentationsaufwand** (5499000) ist von 8.000 Euro auf 5.000 Euro zu senken. (S. 35)

Begründung:

Das Ergebnis 2010 zeigt, dass ein Ansatz von 5.000 Euro ausreichend ist.

Produktbereich 020.030.010: Feuerschutz

Werbekampagne für die Feuerwehr

Der Ausschuss möge beschließen:

Um insbesondere junge Leute gezielt für die Feuerwehr anzusprechen, soll eine professionelle Werbekampagne entwickelt werden. Hierfür sollen 5.000 Euro im Haushalt 2012 veranschlagt werden.

Begründung:

Da die Feuerwehr Meerbusch sind überwiegend aus Freiwilligen rekrutiert, ist durch diese Werbekampagne das Ehrenamt in der Feuerwehr Meerbusch zu stärken.

Lohnfortzahlung bei Blockausbildung

Der Ausschuss möge beschließen:

Für den Zeitraum der Blockausbildung für die Modulausbildung, die ca. 40 Stunden umfasst, soll für die Ausbilder und für ca. 20 Teilnehmer des Lehrganges Lohnfortzahlung gewährleistet werden. Hierfür sind 35.000 Euro im Haushalt zu veranschlagen.

Begründung:

Durch die Blockausbildung für die Modulausbildung der freiwilligen Kräfte würde diese Maßnahme die Feuerwehrleute entlasten. Für diesen Zeitraum sollte Lohnfortzahlung der betroffenen Feuerwehrleute erfolgen.

Produktbereich 160.010.010: Allgemeine Finanzwirtschaft**Grundsteuer A:****Der Ausschuss möge beschließen:**

Die Grundsteuer A wird von zurzeit 230 v.H. auf 250 v.H. angehoben. S. 547

Begründung:

Die Anhebung der Grundsteuer B, die in 2011 beschlossen wurde, unterstützten wir, fordern allerdings erneut, nun endlich auch die Grundsteuer A anzupassen. Auch wenn es keine große Einnahme ist, so sehen wir aber eine Gleichbehandlung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die letzte Anhebung erfolgte 1997.

Hundesteuer**Der Ausschuss möge beschließen:**

Die Hundesteuer soll ca. um 10,00 Euro je Hund erhöht werden, dazu ist die Hundesteuersatzung entsprechend zu ändern. (S.547)

Folgende Abgaben sollen erhoben werden:

- | | | |
|---------------------|----------------------|----------------------|
| 1. Hund: 90,00 Euro | 2. Hund: 100,00 Euro | 3. Hund: 115,00 Euro |
|---------------------|----------------------|----------------------|

Begründung:

Meerbusch liegt gegenüber vergleichbaren Städten im unteren Bereich. Die Gebühren wurden seit 1999 nicht mehr angepasst. Die Erhöhung bringt ca. 27.000 Euro Mehreinnahmen.

Bürgerbeteiligung

Vorsitzende: Ilse Niederdellmann, Unter'm Kurhut 6, 40667 Meerbusch, Tel. 02132/73777
Stellvertreter: Jürgen Eimer, Comeniusstr. 1, 40670 Meerbusch, Tel. 02159/50596
Stellvertreter: Georg Neuhausen, Rilkestr. 38, 40668 Meerbusch, Tel. 02150/70807

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema „Bürgerbeteiligung“ zu organisieren. Hierzu sollen qualifizierte Fachleute eingeladen werden. Hierfür sollen 3.000 Euro im Haushalt 2012 eingeplant werden.

Begründung:

Die Informationsveranstaltung soll grundsätzlich dazu dienen, allen beteiligten (Bürger, Politik und Verwaltung) einen gleichwertigen Informationsstand als Grundlage für die zukünftigen Diskussionen und Beschlüsse im Rat und seinen Ausschüssen zu ermöglichen. Hier sollen insbesondere die verschiedenen möglichen Formen (informell / institutionell) der Bürgerbeteiligungen dargestellt werden. Ebenso sind die organisatorischen Notwendigkeiten von Bürgerbeteiligungsprozessen sowie deren Umsetzung zu erläutern.

Stellenplan:

Der Ausschuss möge beschließen:

Für den Bereich Denkmalpflege wird eine volle Stelle im Stellenplan für 2012 eingerichtet. Hierfür sind Kosten in Höhe von 45.000 Euro zu veranschlagen. Alternativ können auch Honorarmittel in Höhe von 40.000 Euro geplant werden. Die Verwaltung wird gleichzeitig beauftragt ein Qualifikationsprofil für einen Denkmalpfleger zu erstellen.

Begründung:

Die Zeit des jetzigen Stelleninhabers mit 25 % seiner Stelle ist völlig unzureichend, dies sehen wir beispielsweise bei der Frage, barrierefreier Umbau des städtischen Verwaltungsgebäudes am Dr. Franz Schütz Platz. Daher beantragen wir eine volle Stelle für die Denkmalpflege zu schaffen.